

Roland Haug:
Putins Welt. Russland auf
dem Weg nach Westen (SWR
Schriftenreihe Grundlagen 5),
Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 2003, 301 S. (29 €)

Roland Haug, zuletzt Nachrichtenchef des Südwest-Rundfunks, ARD-Korrespondent von 1990 bis 1994 in Moskau und insgesamt 86 Mal in Russland und anderen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion unterwegs, unterzieht sich der journalistischen »Pflicht«, nun als »Kenner« über Land und Leute und gesellschaftliche Verhältnisse Russlands ein Buch zu schreiben. Er schaut auf »Putins Welt«, d. h. auf das gegenwärtige Russland mit gelegentlichen Rückblenden in die Vergangenheit. Er schreibt in journalistischer Verknapfung und Zuspitzung episodenhaft über das »Stereotyp der russischen Seele«, das Verhältnis von Staat und Kirche, die Kriegserinnerung, den zunehmenden Antisemitismus, die Wirtschaft mit Korruption, »Kleptokratie« und Mafia, über eine »gelenkte Demokratie«, Putins Tschetschenienkrieg und über die deutsch-russischen Beziehungen. Dazu kommen Portraitskizzen (im Ansatz) zu Michail Gorbatschow, Boris Jelzin, zu Anatoli Sobtschak, dem politischen Ziehvater Putins, und zu Putin selbst. Über ihn heißt es: Er ist als »Autokrat in guter zaristischer Tradition, in heiklen Situationen kann er ein strammer Militärkommandant« sein. Aber er verstehe sich »auch als Reformler, der sich mit einfühlsamer Bredsamkeit seinem Gegenüber nähert. Es ist sicher kein Zufall, dass ein Porträt von Peter dem Großen über Putins Schreibtisch hängt. Wie sein historisches Vorbild verbindet der Präsident den Modernisierungsanspruch und die erklärte Öffnung zum Westen mit der eisernen Faust in der Innenpolitik« (S. 184). Dieses Zitat verdeutlicht die Darstellungsweise, wie sie nicht nur dem Verfasser eigen, sondern zumeist auch in vielen Medien üblich ist. Sie ist einprägsam, postuliert Thesen, belegt mit einigen Beispielen, gründet sich auf ausgesuchte Materialien und Daten unter Außerachtlassen gründlicher Arbeiten. So gerät z. B. die positive Würdigung des Großen

Vaterländischen Krieges zur Fehldeutung, wenn anhand einer Quelle der Wirtschaftshilfe der Westalliierten nachgesagt wird: »Sie rettete damals die Sowjetunion vor dem Untergang« (S. 139).

Der Autor will Russland in seiner Gegensätzlichkeit und Zwiespältigkeit zeigen, doch bleiben beim Leser die Postulate vom »maroden Land« am einprägsamsten in der Erinnerung: »Russland ist geistig – und materiell – ein Sanierungsfall« (S. 40), »Russland ist ein krankes, aber auch ein gekränktes Land« (S. 91) u. a. Eine Zusammenstellung beeindruckender Fotos von Waleri Schtschekoldin aus dem Alltagsleben verstärkt diesen Eindruck.

Leitgedanke des Verfassers ist: »Ohne Russland wird es keine Weltzivilisation geben, deshalb wäre es unverzeihlich, es herabzusetzen oder gar zu missachten« (S. 211). Allerdings ist westlichen Korrespondenten gegenüber Russland und seiner Vergangenheit oft ein herabsetzender Sprachduktus eigen, den sie gegenüber Ländern ihrer Herkunft nicht pflegen. Auch der Verfasser ist nicht frei davon.

Haug betont: »Ich liebe die Menschen im Osten Europas und leide mit, wenn es ihnen schlecht geht. Es ist mein eigenes, mein »europäisches Schicksal« (S. 284). Für ihn »steht fest: Man kann ein so wichtiges und kulturell bedeutendes Land wie Russland nicht einfach seinem Schicksal überlassen. Es besteht nämlich nicht, wie mancher glaubt, ausschließlich aus Kriminellen, mafiosen Wirtschaftsbossen oder gewissenlosen Geschäftsleuten. (...) Russland besteht in seiner überwiegenden Mehrheit aus aufrichtigen, anständigen und schwer um ein bisschen Lebensqualität ringenden Menschen (...) Sie sind die wahren Helden. Ihnen, den einfachen Leuten, muss der Westen helfen (...) Auf die alte Frage »Wohin gehört Russland?« kann es heute nur eine Antwort geben: Russland ist auf dem Weg, ein Teil des Westens zu werden. Es gehört nach Europa, und somit bleibt die Chance auf eine bessere Welt bestehen« (S. 286).

Haug's Sicht auf »Putins Welt« ist nicht sehr eigenständig, tiefgründig und neu, aber beachtenswert – auch unter dem Aspekt, wie heute in Deutschland ein Russland-Bild geformt wird.

HORST SCHÜTZLER

Peter von Oertzen:
Demokratie und Sozialismus
zwischen Politik und Wissenschaft,
 Hrsg. Michael Buckmiller, Gregor
 Kritidis und Michael Vester,
 Offizin Verlag Hannover 2004,
 461 S. (24,00 €)

Dieses Buch, das aus Anlass des 80. Geburtstages von Peter von Oertzen erschienen ist, ist eine Sammlung von Aufsätzen, die zeitlich und inhaltlich ein weites Feld umfassen. Der älteste Aufsatz stammt aus dem Jahr 1959, der jüngste aus dem Jahr 1997. Die Aufsätze stellen einen Querschnitt der Themen dar, mit denen sich von Oertzen in seiner langen politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit beschäftigt hat. Das Buch ist in drei große Themenkomplexe unterteilt: Theorie, Arbeiterbewegung und Politik. Im ersten Themenfeld finden sich u. a. Aufsätze zur Stellung der Politikwissenschaft innerhalb der Sozialwissenschaften, zur Dialektik, zur Aktualität des Marxschen Werkes und zu einzelnen Aspekten seiner Theorie, zur Frage, ob der Demokratische Sozialismus mit dem Marxismus vereinbar ist, zur Theorie von Klasse und Milieu. Das zweite Themenfeld umfasst Aufsätze zur Mitbestimmungsfrage, über politische Fraktionen in den Gewerkschaften, zur Arbeiterbewegung und den Arbeiterräten in der deutschen Novemberrevolution 1918/19 und zum Verhältnis der neuen sozialen Bewegungen zur Arbeiterbewegung. Das dritte Themenfeld umfasst Aufsätze zu den Themen Rechtsstaat und Rechte, Rechtsstaat und Linke, zur FDGO und Rätssystem, zur Wirtschaftsdemokratie und zur Frage, was von der sozialistischen Vision übrig bleibt.

Zwei Aufsätze erscheinen mir für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten von besonderem Interesse zu sein. Dies sind die Texte »Eine marxistische Grundlegung des demokratischen Sozialismus?« und »Was bleibt von der sozialistischen Vision?« Der erste Aufsatz aus dem Jahr 1980 versucht die Frage zu klären, ob Demokratischer Sozialismus und Marxismus miteinander zu vereinbaren sind. Von Oertzen ist der Auffassung, dass der Marxismus sich die Schaffung einer wirklichen demokratischen Gesellschaft zum Ziel setzt, die frei von

Ausbeutung und Unterdrückung ist. Deshalb ist der Leninismus für von Oertzen eine Fehlentwicklung des Marxismus, die auch nur in einem unterentwickelten Land entstehen konnte. Er konstatiert, dass auch der Marxismus im Westen in einer Krise steckt, da sich seine Erwartungen, in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine revolutionäre Entwicklung zum Sozialismus in Gang zu setzen, nicht erfüllt haben. Die Mehrheit der Lohnabhängigen habe wichtige Prinzipien des Kapitalismus verinnerlicht und mehrheitlich durch den »demokratischen Wohlfahrtsstaat« einen auskömmlichen Lebensstandard erreicht. Trotzdem habe der Kapitalismus seinen Grundcharakter nicht verändert, was sich in den wiederkehrenden Wirtschaftskrisen äußere. Für von Oertzen ist demokratischer Sozialismus gleichbedeutend mit reformistischem Sozialismus. Er definiert den Begriff Reformismus folgendermaßen: »Der Reformismus ist jene Form der sozialistischen Bewegung, die das Ziel des Sozialismus auf dem Wege demokratischer, gesetzlicher (legaler), friedlicher und schrittweiser Veränderungen der Gesellschaft zu erreichen versucht« (S. 163/64). Für ihn sind die meisten Kritiken am Reformismus zu oberflächlich. Er geht davon aus, dass es drei Formen des Reformismus gibt. Die erste Form sei der Reformismus, der den demokratischen Wohlfahrtsstaat erhalten und ausbauen will. Diese Form beschränke sich auf eine gerechte Verteilung des produzierten Reichtums. Die zweite Form sei der Reformismus, der die soziale Demokratie erstrebt. Er befürworte weitreichende Strukturformen (auch Vergesellschaftung von wichtigen Industrien), ohne den Kapitalismus überwinden zu wollen. Er wolle die wirkliche Gleichberechtigung von Kapitalisten und Lohnabhängigen. Die soziale Demokratie ist für von Oertzen nur ein Übergangszustand, der sich irgendwann weiterentwickeln müsse. Die dritte Form ist – wie oben bereits zitiert – der sozialistische Reformismus. Er werde von den linkssozialistischen und reformkommunistischen Parteien Europas vertreten. Die Kritik, die von Marxistinnen und Marxisten am reformistischen Sozialismus geübt werde, könne keine grundsätzliche Kritik sein. Sie könne sich nur mit einzelnen Aspekten dieser Strategie auseinandersetzen. Einer dieser Aspekte sei die Frage, ob sich der

Staatsapparat (insbesondere Polizei und Armee) einer kapitalistischen Gesellschaft neutral verhält, wenn eine sozialistische Bewegung versucht, auf verfassungsmäßigem Wege eine Umgestaltung hin zum Sozialismus in Gang zu setzen. Von Oertzen sieht die Gefahr, dass dies nicht der Fall ist, sondern dass Polizei und Armee die Veränderung mit autoritären Mitteln zu verhindern suchen. Von Oertzen ist trotz dieser Probleme der Meinung, dass der reformistische Sozialismus ein vielversprechender Weg ist. Seine Antwort auf die Frage der Vereinbarkeit von demokratischem Sozialismus und Marxismus ist folgende: »Mir scheint, dass ein ›demokratischer Sozialismus‹, der seine sozialistischen Ziele ernst nimmt und ein Marxismus, der die Lehren der Geschichte und seine eigene kritische Theorie ernst nimmt, sich zum Verwechseln ähnlich sehen werden« (S. 176).

Der Aufsatz »Was bleibt von der sozialistischen Vision?« stammt aus dem Jahre 1990. In ihm setzt sich von Oertzen mit dem Scheitern des Leninismus auseinander, das für ihn endgültig ist. Trotz seiner scharfen Kritik erkennt er nicht das Berechtigte an diesem Versuch. Für ihn ist klar, dass ein unterentwickeltes Land den Weg zum Sozialismus, der für ihn mehr Demokratie als im Kapitalismus bedeutet, nur gehen kann, wenn es Unterstützung durch eine sozialistische Umwälzung in einem entwickelten kapitalistischen Land bekommt. Dass er trotz des Fehlens solcher Voraussetzungen eine starke sozialistische Bewegung in einem unterentwickelten Land für wichtig hält, zeigt folgender Satz: »Wo eine Arbeiter- und Bauernrevolution in einem halbfeudalen frühkapitalistischen Entwicklungsland endet, die nicht wie in Russland unter entschlossener sozialistischer Führung steht, lässt sich am Schicksal der mexikanischen Revolution von 1911 ablesen: in einem verfaulenden, autoritären Staatskapitalismus« (S. 425/26). Trotz der Niederlage des real existierenden Sozialismus und des daraus resultierenden Triumphgeheuls der Herrschenden im Westen hält er an der Idee des Sozialismus fest. Das Elend in erster und dritter Welt sowie die Gefahr des Zusammenbruchs des Ökosystems machen aus seiner Sicht einen Bruch mit der kapitalistischen Logik erforderlich. Ob dies durch eine Änderung der Regeln und Organisation der

Gesellschaft bei der bleibenden Dominanz von Marktmechanismen möglich ist, hält von Oertzen für fraglich.

Das Buch ist ein für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten lesenswertes Werk, das für viele Probleme, die sich der Linken stellen, interessante Antworten und Lösungsansätze bietet.

MICHAEL ROHR

Résistances – mouvements sociaux
– alternatives utopiques.
Hommage à Jean Mortier
(Widerstände – soziale Bewegungen
– utopische Alternativen.
In Würdigung Jean Mortiers),
Université Paris VIII, Vincennes-
Saint Denis, Travaux et
Documents 23/2004.

Jean Mortier, Germanistikprofessor der Pariser Universität 8, stand an der Spitze einer Delegation, die 1982 jenen Vertrag mit der Humboldt-Universität abschloss, der einen Studentenaustausch und die Inangriffnahme gemeinsamer Forschungsprojekte beider Universitäten möglich machte. Frank Hörnigk, Detlef Nakath und Siegfried Prokop erinnern in diesem Jean Mortier gewidmeten Band daran, dass dies der Beginn einer dank Mortier von Anfang an wenig formellen und über die Wende hinausreichenden Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen und französischen Wissenschaftlern war. Kapitel der deutsch-französischer Kooperation wie diese wurden nach 1990 aus der Geschichte der deutsch-französischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg verdrängt. Es sollte – auf allen Gebieten – nur die bundesdeutsch-französischen Beziehungen gegeben haben, wie Dorothee Röseberg in ihrem Aufsatz »Erinnerung und Utopie. Frankreich in der DDR« bemerkt.

Der »Freundschaftsvertrag« zwischen Paris 8 und Humboldt-Universität war jedoch keinesfalls Ausnahme. Er entsprach den Erwartungen, die von beiden Seiten auf höchster Ebene gepflegt wurden. Frankreich spielte im

deutschlandpolitischen Kalkül der DDR eine wichtige Rolle. »Da Frankreich zu den engsten Verbündeten der Bundesrepublik gehörte, bedeutete jeder Kontakt der DDR-Führung zu Frankreich eine Bresche in die französisch-westdeutschen Beziehungen. Darüber hinaus tat die DDR alles, um die ökonomischen Rivalitäten und politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Paris auszunutzen und wenn möglich noch zu vertiefen« (S. 93). Frankreich wiederum war es offensichtlich wichtig, der Bundesrepublik Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in der Ostpolitik nicht allein das Feld zu überlassen. »Insgesamt hat Frankreich die DDR als deutschlandpolitisches Gleichgewicht und zuweilen auch als Druckmittel benutzt« (S. 94).

Ob die den Vertrag zwischen beiden Universitäten mit Leben erfüllenden Personen von diesen Kalkülen wussten oder nicht, spielte für die sich anbahnende Zusammenarbeit zwischen den französischen Germanisten und deutschen Romanisten, Historikern und Literaturwissenschaftlern keine Rolle. Sie sahen in den Beziehungen vor allem Möglichkeiten der Weiterbildung bzw. Vervollkommnung ihres Wissens und der Herstellung persönlicher Kontakte, aus denen manchmal sogar Freundschaft zwischen Familien wurde, die die Wende und Abwicklung (des ostdeutschen Personals des Lehrkörpers an der Humboldt-Universität) überdauerte. Zeugnis dieser in den 80er Jahren geknüpften und bis in die Gegenwart nicht zerrissenen Bindungen ist der vorliegende Band, in dem fachwissenschaftliche Aufsätze mit stark persönlich gefärbten Erinnerungen an gemeinsame Projekte und Veranstaltungen einander abwechseln.

Es fällt schwer, aus der Fülle des Angebots – insgesamt enthält der Band 25 Aufsätze – eine Auswahl zu nennen: Es dominieren die literaturwissenschaftlichen Aufsätze französischer Germanisten: Gilbert Badia berichtet über Kurt Sterns Tagebuch, das er, emigriert nach Paris, seit Beginn von Hitlers Überfall auf Polen im Herbst 1939 führte. Françoise Barthélemy-Toraille schreibt über Fühmanns Romanfragment »Im Berg«. Héléne Roussel äußert sich zu drei vergessenen Kurzgeschichten von Anna Seghers. Michel Celse hat sich die 1999 bzw. im Jahr 2000 erschienenen Bücher »NeuLand« und »OstWind« von Luise

Endlich vorgenommen. »NeuLand«, so schätzt es Celse ein, dokumentiere zunächst einmal den Kulturschock, den die aus dem Westen nach Frankfurt/Oder übergesiedelte Autorin erlebt. Der Autor stellt dann fest, dass sich Luise Endlich der Arroganz ihrer Verhaltens- und Schreibweise überhaupt nicht bewusst ist. Regelrecht fassungslos stehe sie deshalb der »Hetzkampagne« gegenüber, die ihr Buch im Osten auslöst und die sie in »OstWind« beschreibt. Celses Fazit: Die Bücher sind Dokumente, die aus westdeutscher Sicht demonstrieren, wie unüberbrückbar die Kluft zwischen beiden deutschen Teilgesellschaften noch ist.

Dieter Klein, der als Prorektor an der Humboldt-Universität erheblichen Anteil an der positiven Entwicklung hatte, die die vertraglichen Beziehungen zwischen Humboldt-Universität und Université Paris 8, Vincennes-Saint Denis, nahmen, hat einen anspruchsvollen Beitrag über die »Suche nach einem transformatorischen Projekt im Westen« im Band. Seine »Überlegungen nach erlebter östlicher Transformation« geben in ihrer Quintessenz sechs mögliche Ansätze für den dem Autor für die weitere gedeihliche Entwicklung der Menschheit notwendig erscheinenden Transformationsprozess, der die Aufgabe haben müsse, »die Unterwerfung der Soziallogik unter die Kapitallogik zu beenden und das Verhältnis zwischen beiden Entwicklungslogiken umzukehren« (S. 137). Von den Historikern schreibt Siegfried Prokop zur Vor- und Frühgeschichte des »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«. Detlef Nakath hat seinen wissenschaftlichen Beitrag der Erforschung der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen in den 70er und 80er Jahren gewidmet. Monika Bellan von der Universität 8 behandelt in ihrem Beitrag die utopische bzw. utopiekritische Dimension im deutschen Film, und Hermann Rau, ebenfalls Paris, fragt: »Gab es in der DDR kritischen Realismus?«.

Insgesamt enthält das Buch eine bunte Palette von Aufsätzen, in denen die Ergebnisse literaturwissenschaftlicher Arbeiten der französischen Partner über deutsche und DDR-Dichter und Schriftsteller überwiegen. Die Beiträge sind in Deutsch bzw. Französisch geschrieben. Kurzfassungen in der jeweils anderen Sprache befinden sich am Schluss des Buches.

JÖRG ROESLER

Günter Wirth:
Auf dem »Turnierplatz« der
geistigen Auseinandersetzungen.
Arthur Liebert und die Kant-
gesellschaft (1918-1948/49),
Ludwigsfelder Verlagshaus 2004,
139 S. (10 €)

Vor 100 Jahren in Halle aus der Taufe gehoben, ist die von dem damals in der Saalestadt lehrenden und in Fachkreisen berühmten Hans Vaihinger mitbegründete Kant-Gesellschaft ein wissenschaftshistorisch überaus reizvolles Thema. Der Berliner Publizist Prof. Günter Wirth, der im Dezember 2004 sein 75. Lebensjahr vollendete, hat dieser einzigartigen philosophischen Vereinigung – die es vermochte, ähnlich international zu wirken wie sonst nur die Goethe-Gesellschaft – eine luzide Studie gewidmet: »Auf dem »Turnierplatz« der geistigen Auseinandersetzungen« betrachtet vor allem die Jahre 1918 bis 1948/49 und das Wirken ihres Vorsitzenden Arthur Liebert, der als Professor für Philosophie in Berlin wirkte. Um aber auch zu zeigen, dass in der Provinz dank der Kant-Gesellschaft eine hohe geistige Regsamkeit herrschte, skizziert Günter Wirth stellvertretend die Tätigkeit der Ortsgruppen Karlsruhe, Eisenach und Potsdam. Letztere Stadt hat der aus Sachsen gebürtige Schriftsteller so häufig gewürdigt wie keinen anderen Flecken; so u. a. in dem 2000 erschienenen Band »Der andere Geist von Potsdam«. In diesem Zusammenhang sei auch auf Wirths Forschungen zu dem Potsdamer Dichter Hermann Kasack hingewiesen, der für ihn wiederum Anlass war, dem Problem der »inneren Emigration« und ihrer literarischen Vertreter nachzugehen.

Der Verfasser stellt mit der Kant-Gesellschaft eine weltanschaulich und konfessionell wohl einmalige Vereinigung vor, die unter ihrem Dach Mitglieder und Referenten versammelte, die nicht nur den großen christlichen Kirchen in Deutschland angehörten oder gar protestantische und katholische Theologen waren, sondern zu nicht geringen Teilen einen jüdischen Hintergrund hatten. Die Kant-Gesellschaft war sowohl eine »Heimat für jüdische Intellektuelle« (allein um dieses Thema

hinreichend zu beleuchten, bräuchte es, so Günter Wirth, ein »endloses Kapitel«) als auch eine »intellektuelle Plattform« für den ökumenischen und geistig nach allen Seiten hin offenen Dialog. Hier kommt dem Verfasser sein theologisch-religionshistorischer Hintergrund entgegen. Denn der studierte Germanist lehrte zwischen 1985 und 1993 Neuere und Neueste Kirchengeschichte an der Berliner Humboldt-Universität.

Die den Namen des Königsberger Philosophen tragende Vereinigung war, um ihrem Namenspatron zu entsprechen, stets bemüht, den internationalen Austausch zu pflegen. In den zwanziger Jahren etwa suchte die Kant-Gesellschaft – die um 1930 rund 60 Orts- bzw. Landesgruppen u. a. in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA zählte – die Nähe zu sowjetischen Akademikern. Dies war eine positive Folge des 1923 in Berlin gegründeten Russischen Wissenschaftlichen Instituts, wo emigrierte Gelehrte ein Zentrum fanden. Der »russischen Emigration und der Kant-Gesellschaft« ist, einer Anregung des Publizisten und Osteuropahistorikers Prof. Karl Schlögel folgend, ein aufschlussreiches Kapitel gewidmet.

Aus den eigenen Reihen erwuchs der Kant-Gesellschaft, die nach 1918 die weltweit größte philosophische Vereinigung war, eine folgenschwere Konkurrenz in Gestalt der »Deutschen Philosophischen Gesellschaft«, die 1923, so zitiert Günter Wirth den Historiker Ulrich Sieg, zu einem Sammelbecken »deutschnationaler, neokonservativer und völkischer Strömungen« avancierte, »rasch an Bedeutung gewann und nach 1933 tonangebend wurde«.

In der Emigration versuchte Arthur Liebert ab 1936 mit der Gesellschaft »Philosophia«, die auch eine Zeitschrift gleichen Namens veröffentlichte, an das Maßstäbe setzende Wirken der Kant-Gesellschaft und deren Schriftenreihe, der »Kant-Studien«, anzuknüpfen. Der Geschichte der Vereinigung »Philosophia«, die zunächst in Jugoslawien, dann in Lieberts zweitem Fluchtort England geschrieben wurde, spürt der Autor im letzten Kapitel seines gleichbleibend spannenden Buches nach.

Der Gedanke, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetischen Besatzungszone eine Nachfolgerin der Kant-Gesellschaft

zu installieren, ging noch von dem 1946 aus England nach Berlin zurückgekehrten Arthur Liebert aus. Nach dessen Tod 1947 setzte der Soziologe Rudolf Vierkandt diese Idee erfolgreich um. Im Kulturbund für die demokratische Erneuerung Deutschlands fand die so genannte »Philosophische Gesellschaft« dann zwar eine Heimstatt, hatte jedoch nach Intervention der politischen Administration ihre Tätigkeit nur ein Jahr später einzustellen.

Günter Wirth ist, was die Breite seiner Forschungen anbetrifft, ein bemerkenswerter Autor und in puncto publizistischer Vielfalt wohl nur mit dem Kollegen Friedrich Dieckmann zu vergleichen. Wenn er sich einen Sachverhalt vorgenommen hat, entspringen daraus für Günter Wirth nicht selten weitere Themen, die in Miszellen, Aufsätzen oder gar Monographien ausgeführt werden. Dafür ist diesem fleißigen Gelehrten – der als Wissenschafts- und Literaturhistoriker, als Autor und Herausgeber Bleibendes geleistet hat – vor allem Gesundheit zu wünschen.

KAI AGTHE

**Isabel Maria Loureiro:
Rosa Luxemburg. Os dilemas
da ação revolucionária
(Rosa Luxemburg. Dilemmata
revolutionärer Aktion),
Verlag Editora UNESP São Paulo
2003, 345 S.**

Die Publikation baut auf der Dissertation über die politischen Ideen Rosa Luxemburgs auf, die die aus Portugal stammende Autorin 1992 an der Universität São Paulo (USP) verteidigt hat. Isabel Maria Loureiro war von 1981 bis 2003 an der Universität des Bundesstaates São Paulo im Fachbereich Philosophie als Dozentin tätig.

Das Buch behandelt auf der Grundlage der Schriften Luxemburgs auf anspruchsvolle und kritische Weise das Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis. Es setzt beim Leser Detailkenntnis zu Leben und Wirken Rosa Luxemburgs voraus, denn es ist keine weitere Luxemburg-Biographie unter vielen. Im Vorwort hebt Michael Brie von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung, die das Buch gefördert hat, das wesentliche Anliegen der Autorin hervor: Sie wolle nachweisen, dass entgegen der verbreiteten Meinung das Gedankengut Luxemburgs sich nicht auf das Festhalten an der Theorie vom Untergang des Kapitalismus und damit auf einen überholten, dogmatischen Marxismus reduzieren lasse. Vielmehr komme es darauf an, aus dem nicht gelösten Spannungsverhältnis zwischen orthodoxer Verteidigung der marxistischen Theorie und einer offenen, nicht abgeschlossenen und fragenden Sicht auf die sich stets wandelnde Politik Antworten und Lösungsansätze für die Probleme und Herausforderungen der Globalisierung abzuleiten, vor denen insbesondere die Völker in der »Dritten Welt« zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen. Dass dieses Buch in Brasilien herausgekommen ist, hat wohl damit und auch mit der Tatsache zu tun, dass es historisch in der brasilianischen Linken stets eine »luxemburgistische« Strömung gegeben hat.

In den vier Kapiteln ihres Buches behandelt Isabel Loureiro detail- und kenntnisreich die seit der Ermordung Luxemburgs bis heute laufende Debatte darüber, wie ihre Position zu Freiheit und Demokratie in der sozialistischen Revolution sowie zur Politik Lenins nach der Oktoberrevolution von 1917 einzuschätzen ist. Dabei konzentriert sich die Autorin im Wesentlichen auf die Schriften Luxemburgs selbst sowie auf Autoren wie Hannah Arendt, Gilbert Badia, Paul Frölich, Eberhard Kolb, Michael Löwy, Georg Lukács, Herbert Marcuse und weitere im umfangreichen Literaturverzeichnis nachgewiesene Sekundärquellen. Bezüge zur Aktualität, darunter zum heutigen Umgang mit dem Gedankenerbe Luxemburgs wie auch zu dem in der DDR, finden sich hauptsächlich im Vorwort und in zahlreichen Fußnoten. Im Anhang werden in portugiesischer Übersetzung die Schrift »Was will der Spartakusbund?« und Auszüge aus dem Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919) wiedergegeben.

Aus den einzelnen Kapiteln können nur einige Kernaussagen angeführt werden, die das Bemühen der Autorin belegen, das Ideengut Luxemburgs möglichst ausgewogen zu bewerten.

Im Kapitel *Geschichte und Revolution* geht die Autorin u. a. auf die Elemente der Lehren

von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle ein, die auch unter dem Einfluss von Franz Mehring zur Entwicklung des revolutionären Denkens von Rosa Luxemburg beigetragen haben. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass Rosa Luxemburgs Denken und Handeln nicht auf einer systematischen politischen Theorie fußen, aber für sie eine Erkenntnis gegolten habe: Der Sozialismus entstehe nicht automatisch aus den objektiven Widersprüchen des Kapitalismus, sondern auch aus der subjektiven Erkenntnis der Arbeiterklasse über die Unvermeidlichkeit der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch eine soziale Revolution. Dabei wird auf die Bewertung der russischen Revolution von 1905 durch Luxemburg eingegangen.

Im Kapitel *Demokratischer Sozialismus: die Polemiken* setzt sich Isabel Loureiro mit den widerstreitenden Auffassungen von Georg Lukács, Leo Trotzki u. a. über Gewährung oder Unterdrückung demokratischer Freiheiten unter den Bedingungen der »Diktatur breiter Volksschichten« und des Widerstands der von der Revolution entmachteten, ehemals herrschenden Klassen auseinander. Sie verweist auf den Gedanken Rosa Luxemburgs, dass diese Diktatur nur wirksam sein könne, wenn es demokratische Freiheiten gebe (z. B. Presse- und Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht). Dabei setze Rosa Luxemburg Demokratie mit proletarischer Diktatur unter der Voraussetzung gleich, dass diese Diktatur von der »Klasse und nicht von einer kleinen Minderheit im Namen der Klasse« ausgeübt werde. Die Autorin stimmt dabei mit der Auffassung von Annelies Laschitzka überein, wonach die Kritik Rosa Luxemburgs an Lenins Politik nach der Oktoberrevolution (ihre Opposition zu einer zentralistisch-terroristischen Dauerdiktatur) nicht verabsolutiert und ihre Position nicht zu einer »Alternative zum Bolschewismus« umgedeutet werden dürfe, da sie ihren Standpunkt während der deutschen Revolution von 1918 überdacht habe. Die Meinungsverschiedenheiten von Luxemburg und Lenin seien, ausgenommen in der Frage der Partei, auf zeitbedingte Umstände zurückzuführen. Allerdings wendet sich Loureiro auch gegen die wissenschaftlich nicht belegte, von der DDR-Forschung aber *a priori* abgeforderte Auffassung, Rosa Luxemburg sei eine Lenini-

stin gewesen. In einer Fußnote (S.157) geht sie unter Verweis auf das bekannte Zitat über die Freiheit, die auch »immer Freiheit der Andersdenkenden« sein müsse, auf die Luxemburg/Liebknecht-Ehrung im Januar 1988 in Berlin ein, bei der (Gegen-)Demonstranten wegen ihrer Forderung nach demokratischen Freiheiten festgenommen wurden. Die Autorin wendet sich gegen eine Vereinnahmung Rosa Luxemburgs durch liberale, feministische oder rechts-sozialdemokratische Deutungsversuche genauso wie durch den bürokratisch-zentralistischen Realsozialismus à la DDR oder UdSSR.

Im dritten Kapitel *Der Zusammenhalt des Proletariats und die Krise der Sozialdemokratie* geht die Autorin auf die widerspruchsvolle Geschichte der SPD seit Gründung bis 1914, die Rolle der europäischen Sozialdemokratie vor Ausbruch und während des 1. Weltkrieges und den Kampf der Linken (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a.) gegen den Krieg und das nationalistische Einschwenken der rechten Sozialdemokratie auf bürgerliche Positionen ein. In diesem Zusammenhang werden der Kampf des Spartakusbundes gegen den Krieg und die Rolle Rosa Luxemburgs beschrieben und gewertet.

Im abschließenden Kapitel *Die deutsche Revolution*, eingeleitet mit einem Zitat Kurt Tucholskys (»Deutschland: schreibt mit der Linken, handelt mit der Rechten«), untersucht die Autorin die zeitlich kurze Periode von Rosa Luxemburgs Kampf in der deutschen Revolution von 1918 und verweist auf die »Dilemmata revolutionärer Aktion«. Diese bestanden ihrer Auffassung nach auch in der widersprüchlichen Realität von November 1918 bis Januar 1919, eine echte Revolution in einer Situation machen zu wollen, die sowohl revolutionär (Arbeiter- und Soldatenräte) als auch konservativ (Fortbestehen des alten Machtapparates nach dem Sturz der Monarchie) geprägt war.

Im Nachwort hebt die Autorin noch einmal hervor, wie sehr Lukács mit seiner Abhandlung »Rosa Luxemburg als Marxistin« zum Verständnis der Gedanken Luxemburgs und der noch heute aktuellen wissenschaftlichen Debatte darüber beigetragen hat. Abschließend resümiert Isabel Loureiro: Für sie bestehe die Größe Luxemburgs darin, dass sie etwas in den

Mittelpunkt gerückt habe, was das Wesen allen revolutionären und demokratischen Handelns über bloßen Pragmatismus hinausgehend darstelle, nämlich den dramatischen Versuch, das, was ist und das, was sein kann, in Einklang zu bringen.

HARALD HILDEBRAND

Mario Keßler:
Arthur Rosenberg.
Ein Historiker im Zeitalter
der Katastrophen 1889-1943
(Zeithistorische Studien –
Hrsgg. vom Zentrum
für Zeithistorische Forschung
Potsdam, Bd. 24),
Böhlau Verlag Köln-Weimar-
Wien 2003, 335 S. (39,90 €)

Für viele kritische Intellektuelle ist das Schicksal des Alt- und späteren Zeithistorikers, Hochschullehrers, Schulreformers, Nationalisten, Kommunisten, parteilosen Linken Arthur Rosenberg zweifellos ein Beispiel schlechthin. Zwischen allen Stühlen sitzend seine eigene politische Position zu entwickeln und zu behaupten: Darin verkörpert sich das Schicksal linker Intellektueller im 20. Jahrhundert – »zeitypischer Intellektueller«, wie Keßler sie charakterisiert – nicht unwesentlich. Gerade Rosenbergs reifes Werk, die Schriften zur Weimarer Republik und zur Oktoberrevolution, wurde erst nach der unfreiwilligen Befreiung aus dem politischen Korsett einer kommunistischen Partei- und Fraktionsarbeit möglich. Diese Schriften sind für die historische Epoche zwischen Erstem Weltkrieg, Oktober- und Novemberrevolution, der Republik von Weimar und dem Aufkommen des Faschismus bis heute lesenswert und in ihrer tiefeschürfenden Analyse wesentlich für jede Betrachtung der Entwicklung der Arbeiterbewegung, des Parteikommunismus, zumal des bolschewistischen, der Sozialdemokratie wie der NS-Bewegung und ihrem auch von Rosenberg nur bedingt geliebten demokratischen Widerpart, der Republik der Kaisertreuen, Kapitalisten und Junker.

Seine Schriften verkörpern auch das Abarbeiten seiner seit der Novemberrevolution und den Klassenkämpfen der 1920er Jahre eher linksradikalen Positionen. Er mußte lernen, daß Sozialismus und Demokratie verbunden werden mußten, wenn die Linke Erfolg haben wollte. Auch wenn sein Verhältnis zur Weimarer Republik eher distanziert blieb, so konnte er ihren Zerstörern nichts abgewinnen. Dem Urteil des Biographen ist zuzustimmen: »Er wollte im Sinne einer ›revolutionären Realpolitik‹ durchgängig Lehren ziehen und diese auch einer Leserschaft außerhalb des linken Milieus vermitteln. Gerade diese Anstrengungen, die ihn zu Lebzeiten politisch isolierten, trugen zu seiner postumen Wirkung als Zeithistoriker seit den sechziger Jahren wesentlich bei« (S. 14).

Der ausgewiesene Historiker Mario Keßler, der wie manch anderer einstiger DDR-Wissenschaftler und nun in Projekten wie Zeitstellen verbliebener Fachhistoriker die Zerrissenheit, die sich in seinem Protagonisten verkörpert, selbst erlebt, hat eine fesselnde, aber auch streitbare Biographie Rosenbergs vorgelegt.

1889 in einer jüdischen Mittelstandsfamilie geboren, war Rosenberg das Rebellentum wahrlich nicht in die Wiege gelegt worden. Er suchte eine akademische Laufbahn, wurde Historiker und befaßte sich mit alter Geschichte. Im Ersten Weltkrieg war er – durchaus »national gesinnt« – im Kriegspresseamt tätig, auf einem Druckposten also, der aber dennoch hinreichend Einblick in Wirklichkeit und Schrecken des Krieges bot. Die Begeisterung für Hindenburg und Ludendorff – besonders letzteren schätzte er als Militär (wie er überhaupt dem Militärischen verbunden blieb) – hinderte ihn nicht zu begreifen, daß die sich abzeichnende und eintretende Niederlage des Deutschen Reiches ähnlich tiefgehend war wie manche Zäsur in der römischen Geschichte, die er nur zu gut kannte. Er verriet seine Klasse, wandte sich deutlich nach links, begrüßte die Revolution, trat in die USPD, später in die KPD ein. In seinem eigenen Metier, der Hochschulausbildung, wollte er im Geist des Umbruchs eine radikale Hochschulreform, die demokratische Öffnung der Wissenschaften für breite Bevölkerungsschichten. Das war – wie die Zustimmung zur Revolution – seinen akademischen Kollegen zu viel, und er konnte

in Deutschland nur noch ein akademisches Rand-, ein »Paria«-Dasein führen. Ähnlich, wie er vermutete, daß viele Arbeiter zu diesem Zeitpunkt eher »Gefühlskommunisten« waren, war er selbst zunächst über die Erfahrung des Zusammenbruchs und Versagens der alten Eliten zu neuen Einsichten und in die Arbeiterbewegung gekommen. Aber der gelernte Historiker begriff rasch nicht nur die Tragfähigkeit der linken, marxistischen Ansätze, er sah sie in seinem historischen Spezialgebiet wie in seiner politischen Gegenwart unmittelbar wirksam. »Demokratie und Klassenkampf im Altertum«, so der Titel einer zeitgenössischen Vorlesung und Schrift Rosenbergs, waren nun für ihn zu Themen geworden – ebenso wie der politische Kampf seiner Gegenwart.

Er wurde ein scharfzüngiger Agitator, aktiver Publizist und politischer Kopf der KPD, der sich in der Nachkriegskrise und besonders im Jahr 1923 für einen ultralinken Kurs aussprach. Er suchte immer wieder den Streit mit der aus seiner Sicht verräterischen und kompromißlerischen SPD. Das Scheitern der KPD 1923 war für ihn eher Anlaß zu einer weiteren Linkswendung gegen die vermeintlich inkonsequente Politik der Brandler-Führung. Seine politische Karriere fand 1924 in der Mitgliedschaft im KPD-Politbüro gemeinsam mit Ruth Fischer und Arkadij Maslow, im EKKI sowie durch die Wahl in den Reichstag ihren Höhepunkt. Im Reichstag war er einer der offensiv agierenden KPD-Abgeordneten. Gleichzeitig fand er aber hier auch wissenschaftlich ein neues Arbeitsfeld, das den Heißsporn zu einer sachlichen, differenzierenden Arbeit brachte. Indem er im Reichstags-Untersuchungsausschuß für die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs nicht zuletzt in Abwehr der »Dolchstoß-Legende« zu wesentlichen zeitgeschichtlichen und politischen Einsichten kam, gelangte er ebenso wie durch die veränderte politische Konstellation nach 1923 zu Korrekturen auch eigener revolutionärer Positionen. Vollzog er den Übergang zur Neuformierung des KPD-Zentralkomitees unter Thälmann noch mit, so geriet er politisch offenkundig mehr und mehr ins Abseits. 1927 brach er mit der KPD, nachdem er sich hier binnen nicht einmal zwei Jahren an ihrem »rechten« Rand, d. h. einer differenzierten, die Widersprüche der deutschen Politik beachtenden und von

Moskau losgelösten Politik der KPD, wiederfand.

Sein Bruch mit dem Parteikommunismus war jedoch kein Bruch mit der sozialistischen Idee. Er wandte sich noch stärker der Zeitgeschichte zu und kritisierte mit seinen Arbeiten zur »Entstehung der deutschen Republik« und später mit der »Geschichte des Bolschewismus« nicht nur revolutionäre Illusionen, sondern entwickelte auch eine differenzierte Kritik und Verteidigung der revolutionären Versuche. Gerade in der »Geschichte des Bolschewismus« verdeutlichte er die Grenzen der russischen Revolution, die zwar mit dem Sturz des Zarismus einen Staatskapitalismus errichtet habe, nun aber die internationale kommunistische Bewegung lediglich zur Absicherung ihrer Politik instrumentalisieren. Auch wenn die Geschichte später sein Urteil bestätigte: Die Zeitgenossen sahen es anders. »Mit diesem Buch setzte sich Arthur Rosenberg zwischen alle Stühle. Kommunisten sahen dieses Buch als Kampfansage gegen ihr gesamtes Denken, Sozialdemokraten mochten sich an der Rechtfertigung von Stalins Kampf gegen die Kulaken stoßen, und bürgerliche Kritiker konnten das Buch durchaus als Apologie des Sowjetexperiments ansehen« (S. 168). Wenn die Wahrheit widersprüchlich ist, kann es der Interpret, der Wissenschaftler, auch nur sein. In Zeiten, wo Parteinahme gefordert und erwartet wird, ein trostloser Posten.

Mit dem Sieg des Faschismus mußte Rosenberg emigrieren, fand schließlich ein mühseliges Auskommen in England, später in den USA, wo er 1943 als Sozialist und Antifaschist starb.

Arthur Rosenberg suchte, nachdem er im Ersten Weltkrieg den Weg zum Sozialismus gefunden hatte, sehr bewußt den Konflikt, die Zuspitzung, war nicht bereit, sich unterzuordnen – weder dem Zeitgeist noch der Parteidisziplin. So wurde er einer der Ketzer der kommunistischen Bewegung, der nach einem eher linksradikalen Beginn beim Festhalten an seinen Prinzipien, aber vor allem beim Bewahren seines analytischen Verstandes sich selbst und der Sache des Sozialismus treu blieb.

STEFAN BOLLINGER

Heidi Behrens, Andreas Wagner
(Hrsg.):
Deutsche Teilung, Repression
und Alltagsleben. Erinnerungsorte
der DDR-Geschichte.
Konzepte und Angebote zum
historisch-politischen Lernen,
Forum Verlag Leipzig 2004,
312 S. (16,80 €)

Das Buch ist einem durchaus wichtigen Thema gewidmet, zu dem es bereits eine ganze Fülle von Veröffentlichungen gibt. Dennoch bleibt man nach der Lektüre äußerst unbefriedigt. Nicht, weil nicht alle wünschenswerten Fragen berührt wurden, sondern weil sich, wie in nahezu allen diesen Büchern, auch hier die »Definitionsmacht« der auf diesem Gebiet tonangebenden Richtungen der westdeutschen Geschichtsbetrachtung ausbreitet. Eigentlich spricht schon der Titel für sich. So kann man nur wieder jenen Mangel konstatieren, den Rolf Badstübner nicht müde wird anzuprangern: Es fehlt nach wie vor bei der Betrachtung der Entwicklung beider deutscher Staaten an der Akzeptanz des Umstands, daß es sich um eine »doppelte Biographie« handelt, die zudem aufeinander bezogen ist. Bislang wird die deutsche Geschichte nach 1945 entweder als BRD-Geschichte mit allenfalls gelegentlichen boshaften Seitenhieben auf die DDR abgehandelt oder als Geschichte eines Gruselkabinetts, genannt DDR, das nur Enthüllung und Verurteilung verdient, wodurch sich die BRD umso strahlender abhebt. Und letzteres gilt mehr oder weniger auch für die meisten der Beiträge des vorliegenden Bandes. Dabei gibt es hoffnungsvolle Ansätze, daß es anders gemacht werden könnte. Die weitgehend theoretisch-konzeptionell angelegten Beiträge von Bodo von Borries, Bernd Faulenbach, Christoph Kleeman und Annette Leo fordern zu einer historisch adäquaten und differenzierenden Herangehensweise auf. Sie kritisieren, wenn auch verhalten, die Verschiebung der Proportionen in der Darstellung der DDR-Geschichte auf Repression und Machtausübung. Insofern reflektieren ihre Darlegungen das aufkommende Unbehagen über das Ungenügen der bislang

dominierenden einseitigen Betrachtungsweise. Außerdem machen diese Teile des Buches auf interessante theoretische Fragestellungen aufmerksam, die sicherlich weiteren Nachdenkens wert sind.

Im Großteil der Beiträge bleiben solche Überlegungen jedoch weitgehend unberücksichtigt oder nehmen nur den Charakter folgenloser dilatorischer Bemerkungen an. Damit soll nicht bestritten werden, daß in vielen Beiträgen interessante Details stecken, die in einer umfassenderen Betrachtung durchaus ihren Platz beanspruchen können. Man hat den Eindruck, viele der Autoren werden von der Angst getrieben, es könnte sich ein allzu positives Bild der DDR erhalten.

Mit einem aufschlußreichen Detail wird eigentlich das Dilemma solchen Vorgehens deutlich. Die westdeutsche Pädagogin Hannelore Steinert berichtet am Ende ihres Beitrages über ein Erlebnis, das sie im »Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig« hatte. Sie wurde dort mit der Reaktion ostdeutscher Schüler auf die gezeigte Ausstellung konfrontiert. Die jungen Leute bemängelten an dieser Ausstellung, übrigens mit vollem Recht, die »total westliche Sicht« (S.145). Die Autorin bestätigt das übrigens ungewollt, indem sie sie als ihren in der Alt-Bundesrepublik erworbenen »Sehgewohnheiten angepasst« kennzeichnet (ebenda). Daß die Ausstellung von ostdeutschen Oppositionellen konzipiert wurde und deshalb nicht westlich wäre, wie sie dagegen einwendet, ist nicht sehr überzeugend. Das beweist nur, daß sich auch Ostdeutsche diese Sicht zu eigen machen können. Was die westdeutsche Lehrerin nicht weiß, was aber in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung ist, ist die Tatsache, daß die Mehrheit der Ostdeutschen nach wie vor das ihnen durch Medien und Politiker verordnete Bild der DDR nicht akzeptiert, weil es nämlich mit ihren ureigensten Erfahrungen kollidiert. Darin liegt des Pudels Kern. So kann man Peter Steiningers Seufzer nur beipflichten: »Erwartungen an eine ausgewogene, vielschichtige und umfassende Vermittlung der DDR-Geschichte in der Jugend- und Erwachsenenbildung bleiben derzeit teilweise bis gänzlich unerfüllt« (S. 149). Daran aber muß sich letztlich auch die installierte Erinnerungslandschaft messen lassen.

HELMUT MEIER